

Nach einem Bericht in der New York Times will die Trump-Regierung unter Obama verfügte Beschränkungen bei Drohnenangriffen und Kommandounternehmen aufheben.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 163/17 – 09.10.17**

Trump will unter Obama verkündete Beschränkungen für den US-Drohnenkrieg und US-Kommandounternehmen aufheben

Von Charlie Savage und Eric Schmitt

The New York Times, 21.09.17

(https://www.nytimes.com/2017/09/21/us/politics/trump-drone-strikes-commando-raids-rules.html?emc=edit_cn_20170922&nl=first-draft&nid=48263075&te=1)

WASHINGTON – Nach Angaben an internen Überlegungen Beteiligter will die Trump-Regierung unter Obama verfügte Beschränkungen bei Drohnenangriffen und Kommandounternehmen außerhalb von US-Kampfgebieten aufheben. Durch diese Veränderungen würde die Bekämpfung von Terroristen auch in Staaten möglich, in denen die USA bisher noch nicht versucht haben, islamistische Kämpfer zu töten oder festzunehmen.

Wichtige Sicherheitsberater des Präsidenten Trump hätten vorgeschlagen, zwei Regelungen zu lockern. Erstens sollen das US-Militär oder die CIA nicht mehr nur hochrangige Zielpersonen töten dürfen, die eine "ständige und unmittelbar drohende Gefahr für US-Amerikaner" darstellen, sondern auch einfache dschihadistische Kämpfer ohne spezielle Fähigkeiten oder Führungsfunktionen. Zweitens sollen geplante Drohnenangriffe und Kommandounternehmen künftig ohne Sicherheitsüberprüfung auf höchster Ebene erfolgen können.

Eine wichtige Beschränkung soll aber erhalten bleiben: Es soll "nahezu Gewissheit bestehen", dass dabei keine unbeteiligten Zivilisten zu Tode kommen können.

Der Vorschlag, die Regeln zu lockern, ist aus monatelangen Diskussionen erwachsen und muss jetzt nur noch von Trump unterzeichnet werden: Obwohl Zivilisten geschützt bleiben sollen, werden die geplanten Änderungen von Menschenrechtsgruppen heftig kritisiert.

Die Aufhebung der Beschränkungen soll häufigere Operationen gegen die Al-Qaida, den Islamischen Staat und andere dschihadistische Gruppierungen ermöglichen. Sie soll nicht nur in den Staaten gelten, in denen sich die USA schon bisher ohne eigene Bodentruppen an der Bekämpfung von Terroristen beteiligt haben, also im Jemen, in Somalia und in Libyen, sondern auch in weiteren Staaten in Afrika, Asien und im Mittleren Osten, in denen Terroristen agieren.

Trotz der geplanten Änderungen bleibe das Grundprinzip der unter Obama entwickelten Terrorbekämpfung erhalten: die Aufteilung der Welt in Kriegszonen (in denen US-Bodentruppen kämpfen), und Zonen, (in denen sich offiziell keine US-Bodentruppen befinden und) in denen deshalb mehr Rücksicht auf unbeteiligte Zivilisten zu nehmen ist. Obwohl der US-Drohnenkrieg nun bald ins 17. Jahr geht, kann ihn die Trump-Regierung wegen politischer, juristischer, diplomatischer und praktischer Hürden nicht noch weiter verschärfen.

Bereits in der im letzten Monat gehaltenen Rede zu seiner Politik für Afghanistan und Süd-asien hat Trump angekündigt, dass er die Beschränkungen bei der Bekämpfung von Terroristen lockern werde.

"Die Mörder müssen wissen, dass sie sich nirgendwo verbergen können, dass sie der Reichweite der Macht und der Waffen der USA nicht entkommen können," betonte Trump. "Die Vergeltung wird schnell und heftig erfolgen."

Die Regeln für Tötungs- und Festnahmeoperationen des US-Militärs oder der CIA außerhalb der Kriegsgebiete in Afghanistan, im Irak und in Syrien hat Obama bereits im Mai 2013 festlegen lassen. Trump will dem Pentagon und der CIA mehr Entscheidungsspielraum über den Zeitpunkt und die Art der Durchführung von Maßnahmen zur Terrorbekämpfung einräumen, also mehr hochriskante Operationen als Obama zulassen, die auch nicht mehr alle vom Präsidenten genehmigt werden müssen.

Damit erhalte die CIA, die Drohnenangriffe bisher fast nur in den Stammesgebieten in Pakistan fliegen ließ, auch die Erlaubnis, ihr Programm verdeckter Drohnenangriffe stärker auf den Jemen und auf Syrien auszuweiten, wo derzeit vor allem das US-Militär Kampfdrohnen einsetzt.

Nach Aussagen von Insidern hat ein auf Kabinetts-Ebene zusammengetretenes Gremium führender Vertreter der US-Geheimdienste die vorgeschlagenen neuen Regeln gebilligt; bei einem Treffen am 14. September wurden sie unter der Bezeichnung "Principles, Standards and Procedures / PSP" (Grundsätze, Standards und Verfahren) zusammengefasst und Trump vorgelegt. Die Informanten wollten anonym bleiben, weil die Öffentlichkeit erst dann offiziell informiert wird, wenn der Diskussionsprozess abgeschlossen ist. Ein Sprecher des National Security Council (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council) hat diese Informationen nicht dementiert, wollte sie aber nicht kommentieren.

Ein höherer Regierungsvertreter hat mitgeteilt, mit den vorgeschlagenen Änderungen solle vor allem das bürokratische Verfahren, das 2013 mit Obamas "Presidential Policy Guidance / PPG" (s. https://www.justice.gov/oip/foia-library/procedures_for_approving_direct_action_against_terrorist_targets/download und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP19915_261015.pdf) eingeführt wurde, vereinfacht werden.

Nach seiner Meinung, wird das Obama-Verfahren durch die geänderten Regeln "entbürokratisiert", weil die Drohnenpiloten und -operatoren vor der Durchführung bestimmter Operationen jetzt weniger interne Hürden überwinden müssen.

Da islamistische Aufrührer jetzt auch dann angegriffen werden dürfen, wenn sich kein wichtiger Anführer unter ihnen befindet und US-Amerikaner nicht direkt bedroht sind, können Drohnenangriffe künftig in allen Staaten erfolgen, in denen Kämpfer der Al-Qaida oder des Islamischen Staates aktiv sind – von Nigeria bis zu den Philippinen.

Nach den neuen Regeln müssen Drohnenangriffe oder Kommandounternehmen nur noch dann von höherer Ebene genehmigt werden, wenn sie in einem neuen (bisher nicht in den US-Drohnenkrieg einbezogenen) Staat erfolgen. Deshalb soll die "Staatenliste" alle 12 Monate überprüft werden. Nach dem Völkerrecht wird die US-Regierung vor der Gewaltanwendung auf fremden Territorien wahrscheinlich vorher die Zustimmung der Regierung der betroffenen Länder einholen müssen, wenn sie einfache Kämpfer angreifen will, die keine direkte Bedrohung für die USA darstellen, weil dann das Argument der Selbstverteidigung nicht mehr greift.

Wegen der gewachsenen terroristischen Bedrohung geriet Obamas 2013 erlassenes Regelwerk sogar schon vor dem Ende seiner Amtszeit unter Druck. Weil Al-Qaida durch den Tod Osama bin Ladens (weitere Infos dazu s. unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP07711_050511.pdf) geschwächt worden war, glaubte Obama die US-Kampftruppen aus dem Irak abziehen und in Afghanistan reduzieren zu können, und beschränkte sich auf gelegentliche Drohnenangriffe außerhalb von Kriegsgebieten, die sich gegen "hochrangige Zielpersonen" in Pakistan und im Jemen richteten.

Als der Islamische Staat entstand und sich schnell ausbreitete, hat das US-Militär in Zusammenarbeit mit den Regierungen der betroffenen Staaten aber Möglichkeiten gefunden, Obamas Regeln zu umgehen, und in verschiedenen Regionen auch Drohnenangriffe auf ganze Gruppen niederrangiger dschihadistischer Kämpfer als Maßnahmen zur Selbstverteidigung gerechtfertigt.

Mehrere Terrorbekämpfer der Obama-Regierung wollten sogar noch mehr Beschränkungen abbauen, aber unbedingt die Bestimmungen zum Schutz von Zivilisten außerhalb von Kriegszonen erhalten. Sie wiesen darauf hin, dass die Vermeidung unbeteiligter Opfer nicht nur aus humanitären Gründen erforderlich, sondern auch notwendig sei, um die Unterstützung durch verbündete Regierungen und die einheimische Bevölkerung zu erhalten und den Terroristen nicht noch mehr Rekruten in die Arme zu treiben.

Wenn die weitestgehende Verschonung von Zivilisten erhalten bleibe, sei das auch ein Beleg dafür, dass sie von Obama nicht nur aus politischen Gründen oder aus Sorge um die Menschenrechte verfügt wurde, sondern auch für die Piloten und Operatoren der Drohnen wichtig gewesen sei, merkte Luke Hartig (s. <https://www.cnas.org/people/luke-hartig>) an, der unter Obama Direktor für Terrorbekämpfung im National Security Council war.

Es bleibt abzuwarten, ob Trump den Schutz für Zivilisten erhalten wird. Während der Beratungen hatten einige Teilnehmer für noch größere Rücksichtnahme plädiert, Regierungsvertreter waren aber der Meinung, die deshalb in Kauf zu nehmenden Risiken seien größer als mögliche Vorteile.

Nach dem Kriegsvölkerrecht ist bei der Wahrnehmung des Selbstverteidigungsrechts beim Angriff auf ein militärisches Ziel auch die Tötung von Zivilisten erlaubt, wenn sie unumgänglich und ihre Anzahl verhältnismäßig gering ist.

Einige Völkerrechtsexperten, die europäischen Verbündeten und Menschenrechtsgruppen stimmen aber nicht mit der Rechtsauffassung der USA überein, dass Angriffe auf feindliche Kämpfer nicht nur in Kriegszonen, sondern auch außerhalb solcher Zonen erlaubt sind, selbst dann, wenn keine unmittelbare Bedrohung von ihnen ausgeht.

Zeke Johnson (s. <https://twitter.com/zekejohnsonai?lang=de>), ein Abteilungsleiter bei Amnesty International USA, protestierte gegen die Absicht der Trump-Regierung, die Regelung abzuschaffen, dass von jeder Zielperson eine Bedrohung für US-Amerikaner ausgehen muss.

"Obamas PPG für den Einsatz tödlicher Gewalt war ein positiver Schritt, auch wenn sie keinen vollen Schutz im Sinne der Menschenrechte bot," erklärte er. "Jeder Versuch, diese Standards abzusenken, wäre ein schwerer Fehler."

Auch nach den aktualisierten Regeln wären Drohnenangriffe auf Mitglieder von Gruppen beschränkt, die der Kongress mit der "Authorization for the Use of Military Force" (s. https://en.wikisource.org/wiki/Authorization_for_Use_of_Military_Force) gegen die Atten-

täter des 11. September genehmigt hat – also gegen Kämpfer der Al-Qaida, des Islami-schen Staates und deren Ableger.

Schon Anfang dieses Jahres hat Trump einer Forderung des Pentagons nachgegeben, große Gebiete im Jemen und in Somalia von den 2013 erlassenen Regeln auszunehmen und zu "Zonen aktiver feindlicher Aktivitäten" zu erklären, in denen die Regeln für Kampfgebiete gelten. General Thomas D. Waldhauser, der Kommandeur des AFRICOM (in Stuttgart, s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Africa_Command), hat sich jedoch entschieden, für Somalia die strenge Regelung aufrechterhalten, dass Drohnenan-griffe nur dann erfolgen dürfen, "wenn mit ziemlicher Sicherheit keine unbeteiligten Zivilis-ten zu Schaden kommen".

(Wir haben den Artikel, aus dem hervorgeht, dass der US-Drohnenkrieg via Ramstein ver-schärft und auf weitere Staaten ausgeweitet werden soll, komplett übersetzt und mit Er-gänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Künftig können das Pentagon und die CIA also praktisch jeden Menschen, der sich ihnen in den Weg stellt, als Terrorverdächtigen einstufen, für vogelfrei erklären und mit einem Drohnenangriff oder durch ein Kommandounternehmen umbringen lassen – also sich ein weltweites Faust-recht anmaßen, und niemand hat bisher öffentlich Einwände dagegen erhoben. Anschlie-ßend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

Trump Poised to Drop Some Limits on Drone Strikes and Commando Raids

By CHARLIE SAVAGE and ERIC SCHMITT
SEPT. 21, 2017

WASHINGTON — The Trump administration is preparing to dismantle key Obama-era li-mits on drone strikes and commando raids outside conventional battlefields, according to officials familiar with internal deliberations. The changes would lay the groundwork for pos-sible counterterrorism missions in countries where Islamic militants are active but the Uni-ted States has not previously tried to kill or capture them.

President Trump's top national security advisers have proposed relaxing two rules, the offi-cials said. First, the targets of kill missions by the military and the C.I.A., now generally li-mited to high-level militants deemed to pose a "continuing and imminent threat" to Ameri-cans, would be expanded to include foot-soldier jihadists with no special skills or leader-ship roles. And second, proposed drone attacks and raids would no longer undergo high-level vetting.

But administration officials have also agreed that they should keep in place one important constraint for such attacks: a requirement of "near certainty" that no civilian bystanders will be killed.

The proposal to overhaul the rules has quietly taken shape over months of debate among administration officials and awaits Mr. Trump's expected signature. Despite the preservati-on of the protections for civilians, the other changes seemed likely to draw criticism from human rights groups.

The policy paves the way for broader and more frequent operations against Al Qaeda, the

Islamic State and other jihadists. It would also apply in countries where the United States has targeted Islamist militants outside of regular combat for years, including Yemen, Somalia and Libya, and would ease the way to expanding such gray-zone acts of sporadic warfare to elsewhere in Africa, Asia and the Middle East where terrorists operate.

The policy, while containing significant changes, also preserves a key structure of President Barack Obama's approach to counterterrorism: dividing the world into war zones and places where higher protections for civilians apply. The elements of continuity suggest that as the war on terrorism drifts toward its 17th year, political, legal, diplomatic and practical hurdles constrain the Trump administration from making more radical policy shifts.

Last month, when he delivered a speech outlining his security policies for Afghanistan and the rest of South Asia, Mr. Trump vowed to loosen restrictions on hunting down terrorists.

"The killers need to know they have nowhere to hide, that no place is beyond the reach of American might and American arms," he said. "Retribution will be fast and powerful."

In May 2013, Mr. Obama imposed the rules on kill-or-capture operations by the military or the C.I.A. outside war theaters like Afghanistan, Iraq and Syria. The plan would extend Mr. Trump's pattern of giving broader day-to-day authority to the Pentagon and the C.I.A. — authorizing the agencies to decide when and how to conduct high-risk counterterrorism operations that Mr. Obama had insisted be used sparingly and only after top officials across the government reviewed them.

The move would also grant a C.I.A. push for permission to expand its program of covert drone strikes, which has included occasional attacks in Yemen and Syria but has largely centered on the tribal region of Pakistan, to Afghanistan — until now the exclusive purview of the military.

A cabinet-level committee of the top leaders of national-security agencies and departments approved the proposed new rules — called the P.S.P., for "Principles, Standards and Procedures" — at a meeting on Sept. 14 and sent the document to Mr. Trump, the officials said. They spoke on the condition of anonymity to describe sensitive discussions about a policy that is not yet final or public. A spokesman for the National Security Council did not contest their account but declined to comment.

One senior administration official described the proposed changes as primarily aimed at making much of the "bureaucracy" created by Mr. Obama's 2013 rules, the Presidential Policy Guidance, or P.P.G., "disappear."

The official argued that the replacement rules should be seen as similar to Mr. Obama's but clearer and less bureaucratic — meaning drone operators and commanders would face fewer internal hurdles to launching specific strikes or raids.

By clearing the way to target rank-and-file Islamist insurgents even without the presence of a high-level leader focused on attacking Americans, the new approach would appear to remove some obstacles for possible strikes in countries where Qaeda- or Islamic State-linked militants are operating, from Nigeria to the Philippines.

However, the new plan would still require higher-level approval to start conducting strikes or raids in new countries under "country plans" that would be reviewed every 12 months. And under international law, the United States would probably also still need to obtain consent from a country's leaders to use force on their soil to strike at lower-level militants who pose no direct threat to the United States, weakening any self-defense argument.

Even before Mr. Obama left office, the evolving terrorism threat put pressure on the limits that were imposed in 2013. At the time, Al Qaeda was still reeling from the killing of Osama bin Laden, combat troops had left Iraq and were being reduced in Afghanistan, and operations outside war theaters seemed destined to be limited to occasional airstrikes aimed at individual “high-value targets” in Pakistan and Yemen, such as Qaeda leaders.

But the Islamic State has arisen and spread in the years since, and the military, especially while partnering with local governments, has found ways to get exceptions to Mr. Obama’s rules — winning temporary exemptions to strike in various regions or justifying airstrikes on groups of lower-level militants as a matter of self-defense.

Several Obama administration counterterrorism officials had been bracing for a more complete dismantling of their handiwork, and they offered tentative praise for the prospect that their successors will keep in place heightened standards to protect civilians outside war zones. They had argued that avoiding bystander deaths was crucial not just for humanitarian reasons, but also to maintain support among allied governments and local populations and to keep from fueling terrorist propaganda and recruiting.

If the requirement of near certainty that no civilians be killed remains in place, “that’s a real testament to the fact that it was not political or Obama being overly concerned about human rights; preventing civilian casualties is something our operators have seen as really important,” said Luke Hartig, a senior director for counterterrorism at the National Security Council during the Obama administration.

It remains to be seen whether Mr. Trump will sign off on keeping the protections for civilians. During deliberations, some officials had argued for more leniency, but administration officials decided the risks outweighed the benefits.

International law governing war or self-defense allows countries to knowingly kill some civilians as an incidental consequence of attacking a legitimate military target, so long as the bystander deaths are deemed necessary and proportionate.

But some international law scholars, European allies and human rights groups disagree with the United States’ position that war zone rules — like a right to attack militants based only on their status as enemy fighters, even if they do not pose a literally imminent threat at that moment — apply to counterterrorism strikes outside conventional battlefields.

Zeke Johnson, senior director of programs for Amnesty International USA, objected to the prospect of Mr. Trump eliminating the requirement that individual targets each pose a threat to Americans.

“The Obama administration’s policy guidance on the use of lethal force was a positive step but fell far short on human rights protections,” he said. “Any decision to weaken those standards would be a grave mistake.”

The updated rules would continue to limit such strikes to members of groups that the executive branch has deemed to be covered by the aging congressional Authorization for Use of Military Force against the perpetrators of the Sept. 11 attacks, including Al Qaeda, the Islamic State and their associated forces.

Earlier this year, Mr. Trump agreed to a Pentagon request to exempt large swaths of Yemen and Somalia from the 2013 rules by declaring them to be “areas of active hostilities,” temporarily bringing them under less restrictive war-zone rules. However, the head of the

military's Africa Command, Gen. Thomas D. Waldhauser, decided on his own to keep the targeting limit of near-certainty that no civilians would die for strikes in Somalia.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern